



Illustration: 123rf/gunita



Auf Facebook ätzt sie gegen alles und jeden, jetzt ist das vierte Buch der Wienerin Stefanie Sargnagel erschienen. Mehr Literatur aus der Scheinidylle Austria auf Seite 16

Foto: dpa/Horst Ossinger

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

STANDPUNKT

Visionen des Scheiterns

Junckers Ideen haben keine Chance auf Umsetzung, meint Uwe Sattler

Mut hat er, der Jean-Claude Juncker. Stellt sich jedes Jahr erneut ins Plenum des Europaparlaments und hält seine Rede zur Lage der EU. Obwohl seine Ideen wie Befreiungsschläge wirken. Es ist voraussehbar, dass auch die diesjährigen Visionen nicht in der Realität ankommen werden. Wie zuvor seine Reformpläne für die EU-Kommission, das Investitionsprogramm oder die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes.

Was hat Juncker falsch gemacht, dass er immer wieder scheitert? Er hat die nationalen Egoismen unterschätzt, zum Beispiel bei der Aufnahme von Geflüchteten, bei der nun sogar der EuGH Klartext sprechen musste. Er hat den alten Politikstil gepflegt. Statt die EU-Politik demokratischer und transparenter zu machen, werden Whistleblower verfolgt. Er hat dem Fetisch Wirtschaftsförderung als Allheilmittel gegen alle Krisen gefrönt. Ohne sie einzubetten in gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Und er hat die zentrale Bedeutung der Sozialpolitik ignoriert, mit der die EU auch bei den Menschen sichtbar wäre. In Junckers Europaplan vom Frühjahr kommt dieser Aspekt ebenso wenig vor wie in der Rede vom Mittwoch.

Juncker hat die Chance für Veränderungen in der EU vertan. Das mag bedauerlich sein, überraschend ist es nicht. Denn als Kommissionschef bleibt er, was er als Premier Luxemburgs war: Lobbyist für die Interessen der Wirtschaft. Nur der Blick von seinem Posten auf die Probleme, vor denen Gesamteuropa steht, ist nun vermutlich etwas klarer.

UNTEN LINKS

Fest steht: Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat hat einen ziemlich ausgeprägten Hang zum **Masochismus**. Nicht nur, dass er in allen öffentlichen Debatten und von allen Umfragen ungetrübt mit nicht nachlassender Unverdorrenheit von seiner künftigen Tätigkeit als Regierungschef faselt. Auch vollmundige, aber vermutlich nicht einzulösende Versprechungen zaubert er bei jedem seiner Auftritte unbeirrt und lustvoll aus dem Hut. Wahlweise bewundernswert oder eher mitleiderheischend ist, wie er nach jeder von der amtierenden Kanzlerin gänzlich unbeantworteten Initiative zum inhaltlichen Meinungsstreit einen neuen Versuch startet – um dann von ihr wieder am ausgestreckten Arm dem Verhungern preisgegeben zu werden. Ja, der Mann hat wirklich Nehmerqualitäten. Und: Nein, Angela Merkel kennt keine Gnade. Zumindest nicht mit ihrem Konkurrenten. Wohl aber irgendwie mit uns. Immerhin hat sie gestern das von Martin Schulz geradezu erflachte zweite Duell abgelehnt. oer



Fahr'n fahr'n fahr'n

Die Autobranche feiert sich auf der IAA – und pflegt mit viel Geld ihre politischen Beziehungen



Illustration: fotolia/missbobbitt [M]

Berlin. Wenn in Zeiten massenhaften Abgasbetrugs die verantwortlichen Autokonzerne nicht viel mehr von der Politik zu befürchten haben außer Ermahnungen, könnte ein Blick auf Parteispenden und Beziehungsgeflechte ein bisschen Übersicht verschaffen.

Mehr als 17 Millionen Euro haben Autohersteller in den vergangenen acht Jahren an Parteien gespendet. 80 Prozent davon flossen laut der Recherche von Lobbycontrol an Union und Freidemokraten, der Rest an SPD und Grüne. Die Linkspartei erhielt nichts, worüber sie eigenen Aussagen zufolge ganz froh ist. Weiter: Zwischen September 2015 und Mai 2017 traf sich die Bundesregierung mehr als zweieinhalb mal so oft mit Autolobbyisten als mit Vertretern der Interessen von Umwelt, Verbrauchern und Beschäftigten zusammen.

Kein Wunder, dass viele Konzerne offenbar glauben, sie könnten unbeeindruckt von Debatten über den Klimawandel, Abgasbetrug und grüne Verkehrswende weitermachen wie bisher – getreu dem Kraftwerk-Motto: Fahr'n, fahr'n, fahr'n. Und falls das Geld für die Politik nicht gereicht hat, wird vorsorglich gedroht: »Diesel-Fahrverbote sind starker Tobak«, sagt VW-Boss Matthias Müller. Man werde sie »auf keinen Fall akzeptieren.« nd Seite 2

Juncker will EU wieder europäisch machen

Rede zur Lage der Union: Kommissionschef fordert Ausweitung von Staatenbundes und Währungsunion

Am Mittwoch hielt der EU-Kommissionschef in Straßburg seine jährliche Rede zur Lage der Union. Diese sieht Juncker auf einem guten Weg.

Von Nelli Tügel

Was in den Vereinigten Staaten von Amerika eine alte Tradition ist, gibt es in der Europäischen Union erst seit drei Jahren: Die State of the Union Address – die jährliche Grundsatzrede zur Lage der Union. Der amtierende EU-Kommissionspräsident, Jean-Claude Juncker, hatte sie 2015 eingeführt.

Am Mittwoch hielt Juncker die diesjährige Grundsatzansprache vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Es war ein Blumenstrauß an Themen, den er dort präsentierte, darunter Wirtschaft und Währungsunion, Verteidigung, Klimaschutz, Migration und das Verhältnis zur Türkei. Eurozone und Schengenraum sollen,

so Juncker, wachsen. Ebenso die EU selbst, die bis 2025 30 Mitgliedsstaaten umfassen solle.

Darüber hinaus zeichnete der ehemalige luxemburgische Premierminister das Bild einer EU, die sich in die richtige Richtung entwickle. »Zehn Jahre nach Ausbruch der Krise lebt die europäische Wirtschaft endlich wieder auf. Und damit auch unsere Zuversicht und unser Vertrauen«, sagte Juncker. Die Staats- und Regierungschefs der EU-27 – also aller EU-Staaten außer Großbritannien –, das Parlament und die Kommission würden die Union »wieder europäisch machen«.

Kritik gab es im Anschluss an seine Rede unter anderem daran, dass Juncker Zerwürfnisse innerhalb der EU nicht offen dargestellt habe und wichtige Fragen nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. »Beim wichtigsten Thema – der europäischen Sozialpolitik – hat der Kommissionspräsident leider herzlich wenig ge-

sagt«, erklärte Jens Geier, Vorsitzender der Europa-SPD. Cornelia Ernst, Sprecherin der Delegation der Linken im EU-Parlament, sagte, Juncker bekräftige das Streben nach einer Europäischen Verteidigungsunion und einer Auf-

»Juncker scheint von allen guten Geistern verlassen zu sein.«

Sahra Wagenknecht, Spitzenkandidatin der Linkspartei

klärungseinheit zur verstärkten Terrorismusbekämpfung, bliebe aber »in Fragen der Armutsbekämpfung, der Kürzungsdiktate oder des sozialen Ausgleichs« vieles schuldig.

Die deutsche Bundesregierung erklärte, sie begrüße, »dass sich der Kommissionspräsident in sei-

ner Rede zur Lage der Union mit wichtigen Fragen der Zukunft der EU und mit den Prioritäten der Europäischen Union befasst hat.«

Sahra Wagenknecht, Spitzenkandidatin der Linkspartei für die Bundestagswahlen, meinte hingegen, Juncker schein »von allen guten Geistern verlassen zu sein.« Bereits jetzt zerstöre die Währungsunion in vielen Ländern Industrie und Arbeitsplätze, sagte Wagenknecht.

Kritik wurde auch an Junckers Vorschlag geäußert, den Schengenraum auszuweiten. So erklärte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann von der CSU, »auf Kosten der Sicherheit der deutschen Bevölkerung darf der Schengen-Raum keinesfalls größer werden.« Herrmann befand, schon jetzt gebe es Schengenstaaten wie etwa Griechenland, »die nicht in der Lage und willens« seien, ihre Außengrenzen »ordentlich zu schützen.« Mit Agenturen Seite 7

Piloten beenden wilden Streik

Pleitelinie Air Berlin fliegt nach zwei Tagen wieder regulär

Berlin. Nach zahlreichen Flugausfällen können sich Passagiere der Air Berlin an diesem Donnerstag wieder auf einen normalen Betrieb der insolventen Airline einstellen. Am Dienstag und Mittwoch waren rund 200 Flüge ausgefallen, weil etliche Piloten sich in einem wilden Streik krankgemeldet hatten. Gegen Mittag kündigte sich an, dass viele Crews an ihre Arbeitsplätze zurückkehren werden.

Nach jüngsten Zahlen der Air Berlin waren am Dienstag 164 Verbindungen ausgefallen, hinzu kamen mehrere Ausfälle bei der Lufthansa-Tochter Eurowings, die üblicherweise mit Air-Berlin-Maschinen geflogen werden. Für Mittwoch wurden mindestens 32 Flüge gestrichen, außerdem fielen 35 Eurowings-Verbindungen aus. Air-Berlin-Vorstandschef Thomas Winkelmann sprach von einer unerträglichen Situation.

Die Pilotenvereinigung Cockpit distanzierte sich von den Krankmeldungen, unterstrich aber ihre Forderungen nach einem Sozialplan. Die Gespräche darüber waren am Montag gescheitert. dpa/nd Seiten 4 und 9

Neue Vorwürfe gegen AfD-Frontfrau Alice Weidel

Bericht über illegale Anstellung einer Asylbewerberin in der Schweiz

Berlin. Die AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel ließ nach Medienberichten eine Asylbewerberin aus Syrien an ihrem Schweizer Wohnsitz in Biel illegal für sich arbeiten. Das berichtet die »Zeit«. Demnach war 2015 erst eine Studentin für die Politikerin tätig, die den Job dann an eine Frau aus Syrien weitergab. Die Haushaltshilfe soll von Weidel und ihrer Lebenspartnerin 25 Franken pro Stunde auf die Hand bekommen haben, ohne Anstellungsvertrag oder Rechnung. Die Syrerin beantragte in der Schweiz Asyl. Wie das Blatt weiter berichtete, ließ Weidels Anwalt auf die Frage nach einer Stellungnahme ausrichten, die gesetzte Frist sei zu kurz gewesen.

Die AfD-Politikerin gerät kurz vor der Bundestagswahl zunehmend in die Kritik. Eine aus dem Jahr 2013 stammende E-Mail von Weidel an einen Vertrauten soll laut Berichten rassistische und verschwörungstheoretische Äußerungen enthalten. Weidel streitet ab, die Nachricht geschrieben zu haben. nd

Abgeschobene in Kabul gelandet

Kritik an »Rückführungen« in Krisenländer – Türkei auch betroffen

Berlin. Erstmals seit mehreren Monaten haben Bund und Länder wieder Afghanen in ihre Heimat abgeschoben – trotz der desolaten Sicherheitslage in dem Land. Ein Flugzeug mit acht abgelehnten Asylbewerbern aus Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hamburg landete am Mittwochmorgen in der afghanischen Hauptstadt Kabul. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte in Berlin, die Männer seien in Deutschland straffällig geworden und kämen direkt aus der Haft. Die Abschiebeaktion stieß auf Kritik.

Ebenso rügen Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen, dass offenbar die meisten Asylgesuche von türkischen Staatsbürgern nach dem gescheiterten Putsch und der folgenden Repressionswelle abgelehnt werden. Kritik wurde auch an Abschiebungen in die Türkei laut. Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zufolge, beantragten nach der Niederschlagung des Putschversuchs in der Türkei Mitte vergangenen Jahres knapp 8500 türkische Staatsbürger Schutz in Deutschland. Agenturen/nd Seiten 4, 5 und 6

